

»Viele Probleme verschärfen sich«

Schutz von Menschenrechten in Coronakrise besonders geboten: Grundrechtskomitee vor 40 Jahren gegründet. Ein Gespräch mit Britta Rabe und Michèle Winkler

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie feiert in diesem Jahr sein 40jähriges Bestehen. Was war der Anlass für die Gründung Ihrer Bürgerrechtsorganisation, und wer ist auf die Idee gekommen?

Michèle Winkler: Gegründet wurde das Grundrechtskomitee von einer Gruppe politischer Freundinnen und Freunde aus dem Dunstkreis des Sozialistischen Büros. Ziel war es, in einer Zeit starker Repression politische Freiräume zu erhalten und zu erkämpfen. Zudem sollten im Nachgang des dritten Russell-Tribunals dauerhaft konkrete Menschenrechtsverletzungen angeprangert und Betroffene unterstützt werden.

Sie sind angetreten, durch ein »aktives, streitbares, couragiertes und zivil ungehorsames Engagement« Grundrechte und Demokratie zu verteidigen. Sind Sie diesem Anspruch bisher gerecht geworden?

Britta Rabe: Wir haben uns in den 40 Jahren in vielerlei menschenrechtsrelevante Themen eingemischt, immer an der Seite oder inmitten der sozialen Bewegungen: Recht auf Asyl, Friedenspolitik, Überwachung und Repression, soziale Menschenrechte, Gleichstellungspolitik und vieles mehr. Messbare Erfolge hatten wir vor allem im Erkämpfen einer sehr breiten Anwendung des Versammlungsrechts, zu dem für uns auch immer Aktionen des zivilen Ungehorsams gehören.

Wie hat sich das Engagement im Laufe der Jahrzehnte verändert?

M. W.: Themenstränge wie Versammlungsrecht, Gefangenenunterstützung und Entmilitarisierung sind Konstanten, aber Schwerpunkte haben sich immer an konkreten historischen Bedingungen orientiert. Heute sind außerparlamentarische Linke und menschenrechtlich tätige Organisationen breiter aufgestellt und weiter ausdifferenziert als in den 1980ern – wir müssen immer wieder neu klären, wo wir wirksam sein wollen und können.

Aufgrund der Coronapandemie begeben Sie Ihr 40jähriges Bestehen mittels digitaler Veranstaltungen. Wie bewerten Sie die staatlichen Maßnahmen im Kampf gegen die Pandemie insgesamt?

B. R.: Wir kritisieren seit Beginn der Pandemie die staatliche Fokussierung auf den Wunsch der Wiederherstellung des kapitalistischen Normalzustands, der schon vor der Pandemie vielgestaltige menschenrechtliche Probleme aufwarf, die sich nun weiter verschärfen.



Zur Freude deutscher Innenminister: Die Coronapandemie konnte Abschiebeflüge nicht verhindern (Leipzig, 31.7.2019)

Nationalismus, Profitlogik, Klassismus und rassistische Ausgrenzung führen dazu, dass viele Menschen nicht genug vor dem Virus geschützt werden. Auch die Formen der Entscheidungsfindung und die teils repressive Umsetzung der Maßnahmen verdienen Kritik.



Britta Rabe und Michèle Winkler sind politische Referentinnen in der Geschäftsstelle des Komitees für Grundrechte und Demokratie

Erschreckt es Sie, dass bei den »Querdenker«-Protesten ausgerechnet Neonazis und Anhänger von Verschwörungsmutten Bezug auf Grundrechte und Demokratie nehmen?

M. W.: Die Innenminister haben diese Woche verkündet, dass sie im Namen der Menschenrechte wieder nach Syrien abschieben wollen. Das zeigt, dass die Nutzung der Begriffe Menschenrechte, Grundrechte, Demokratie immer an konkreten Inhalten zu messen ist. Die »Querdenker« blenden insbesondere die

sozialen Dimensionen der Grund- und Menschenrechte aus und fordern vor allem individuelle Freiheiten für sich ein. Dass sie dies wissentlich und willentlich an der Seite von AfD und Faschistinnen und Faschisten – nicht selten mit antisemitischen Bezügen – tun, disqualifiziert den Bezug auf Grundrechte zusätzlich.

Angesichts weiter verschärfter Polizeigesetze haben derlei Kreise sich keineswegs besorgt um Grundrechte gezeigt.

M. W.: Weitgehende Polizeibefugnisse und Überwachungstechnologien werden insbesondere gegenüber marginalisierten Gruppen genutzt: in armen Stadtteilen, gegenüber nichtweißen Menschen und Geflüchteten, gegenüber politisch aktiven Kurdinnen und Kurden und emanzipatorischen Protestbewegungen. Rechte und konservative Kreise begrüßen diese autoritäre Nutzung staatlicher Gewalt gegen andere. Nun fühlen sich aber einige von ihnen plötzlich aller Rechte beraubt, wenn sie im Supermarkt einen Mund-Nasen-Schutz tragen sollen. Dennoch werden bei den »Querdenker«-Protesten auch Themen benannt, die einer kritischen linken Diskussion und Intervention bedürfen: die Rolle des Staates im Krisenmodus oder die Angst vor einer Impfpflicht beispielsweise.

Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für Organisationen wie Ihre?

B. R.: Wir werden zum einen immer wieder auf die sozialen Verwerfungen hinweisen, die der Umgang mit der Coronapandemie verschärft hat. Es braucht eine Verlagerung der Unterstützungsmaßnahmen auf diejenigen, die ökonomisch und sozial besonders hart getroffen wurden. Es braucht zudem eine Umverteilung von Vermögen und einen Umbau des Gesundheitswesens – dafür treten wir ein. Aber wir werden auch die demokratischen Fragestellungen noch stärker in den Blick nehmen: die Neufassungen des Infektionsschutzgesetzes, die Fragen um Zugang zu Impfstoffen und zur Impfpflicht, den Umgang mit dem Versammlungsrecht.

Was sind Ihre nächsten Projekte?

M. W.: Wir wollen die Diskussionen um Polizeigewalt und Racial Profiling zuspitzen. Es braucht deutlich mehr externe Kontrolle und die Abschaffung rassistisch begünstigender Instrumente wie verdachtsunabhängige Kontrollen und gefährliche Orte.

B. R.: Aktuell versuchen wir, für NRW ein Reporting zu Abschiebungen aufzubauen, landesweit entsprechende Informationen zu sammeln und das Thema sichtbar zu machen. Auch möchten wir neben der konkreten Unterstützung von Inhaftierten anregen, das aktuelle Konzept von Strafen und Inhaftierung grundsätzlich in Frage zu stellen.

Interview: Markus Bernhardt

■ Ausblick Digitale Diskussion

Unter dem Motto »Ein Blick zurück nach vorn« begeht das Komitee für Grundrechte und Demokratie sein 40jähriges Bestehen. Aufgrund der Coronapandemie entschied man sich jedoch für digitale Veranstaltungen, die aufgezeichnet würden und damit auch später angesehen werden könnten.

An diesem Mittwoch soll ab 19 Uhr eine Veranstaltung mit dem Titel »Ziviler Ungehorsam – Motor radikaler Demokratie oder zahnloser Wohlfühlprotest?« stattfinden. Vorgesehen ist ein Gespräch zwischen der politischen Referentin des Grundrechtskomitees, Michèle Winkler, und dem Philosophen Robin Celikates.

Am 13. Januar wird es dann in einem von Britta Rabe (Grundrechtskomitee) moderierten Podiumsgespräch zwischen Kerstin Rudek von der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, Julia von »AusgeCOhlt« und Karin von der Interventionistischen Linken um Praktiken des zivilen Ungehorsams gehen, um »Sitzblockaden, Fünffingertaktik und Baggerbesetzungen«. Von der Blockade internationaler Gipfeltreffen über freitägliche Schulstreiks, das Stören des EZB-Betriebs und die Verhinderung von Abschiebungen bis zu den spektakulären Aktionen der Antikohlebewegung sei ziviler Ungehorsam »nicht wegzudenken aus der Praxis einer widerständigen Zivilgesellschaft«.

Am 27. Januar soll eine Onlineveranstaltung in Gedenken an den am 12. Oktober 2019 verstorbenen Politikwissenschaftler Wolf-Dieter Narr mit dem Titel »Radikale Menschenrechte!?« stattfinden, bei der Narrs materialistisches Konzept der Menschenrechte mit Beiträgen von Lars Bretthauer, Yvonne Franke, Fabian Georgi und Guillermo Ruiz vorgestellt und diskutiert wird. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen zwei Fragen: Was genau verstanden Narr und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter unter Menschenrechten, und wie begründeten sie ihr radikales Verständnis? Und (wie) kann ein solch radikaler Menschenrechtsbegriff heute – trotz weitverbreiteter Skepsis und überaus berechtigter Kritik – als zentrales politisches Konzept emanzipatorischer Politik dienen? (bern)

■ www.grundrechtskomitee.de

Mit mannigfaltigen Aktivitäten mischt sich das 1980 unter anderem von Andreas Buro, Wolf-Dieter Narr, Roland Roth, Klaus und Hanne Vack gegründete Komitee für Grundrechte und Demokratie für die Einhaltung der Menschenrechte ein. »Die akuten Gefährdungen von Menschenrechten lassen keine Heiligensprechung von unbedingtem Rechtsgehorsam und staatlichem Gewaltmonopol zu«, schrieb die Gründergeneration des Grundrechtskomitees im Editorial des 1992 veröffentlichten Buchs »Ziviler Ungehorsam – Traditionen, Konzepte, Erfahrungen, Perspektiven«. Ziviler Ungehorsam sollte als »notwendiges radikaldemokratisches Mittel« begriffen werden,

Für Menschenrechte und Frieden

Komitee für Grundrechte und Demokratie begeht 40jähriges Bestehen

denn vom Ideal einer »wirklich zivilen Gesellschaft« sei man noch »so weit entfernt«.

Menschenrechte und Demokratie seien »zwei Seiten einer Medaille: ohne Menschenrechte keine Demokratie, ohne Demokratie keine Menschenrechte«, stellt das Grundrechtskomitee auf seiner Internetseite fest. Da die Gefährdung der Grund- und Menschenrechte, ebenso wie die Gefährdung der Demokratie, viele Dimensionen habe, arbeite man »in ganz unterschiedlichen Themenfeldern an deren Verteidigung und Ausweitung«. Couragiertes und zivil ungehorsames Engagement »für ungeteilte Menschenrechte und radikale Demokratie« sei durch die aktuelle Weltlage angesichts des global gewordenen Kapitalismus und der voranschreitenden Klimakrise »notwendiger denn je«. Das Grundrechtskomitee konzentriere sein Arbeits- und Aufmerksamkeitsfeld vor allem auf die Bedingungen in der Bundesrepublik Deutschland und arbeite sowohl unabhängig von staatlichen Stellen als auch von politischen Parteien.

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie gibt gemeinsam mit anderen Bürgerrechtsorganisationen den jährlich erscheinenden Grundrechtreport heraus. Daneben erfährt das Engagement des Komitees für Frieden und Versöhnung oftmals jedoch nicht im selben Maße öffentliche Aufmerksamkeit. Dabei führt die Menschenrechtsorganisation bereits seit 1994 jährlich Begegnungen von Jugendlichen aus Kriegs- und Spannungsgebieten durch. Bisher kamen über 22.000 junge Menschen aus Bosnien-Herzegowina (1994

und 1995), dem Kosovo (1999), Mazedonien (2001), Israel und Palästina (seit 2002) unter dem Motto »Ferien vom Krieg« zu gemeinsamen Urlauben und Friedensseminaren unter geschützten Rahmenbedingungen in Deutschland und in Drittländern zusammen. Die Initiative »Ferien vom Krieg« erhielt bereits eine Reihe von Auszeichnungen. Trotzdem stellt sie nur einen Teil des breitgefächerten Angebots der engagierten Streiterinnen und Streiter für Demokratie und soziale Rechte dar.

Markus Bernhardt